



Nicht öffentlich

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Büro des Kantonsrats Zug

Zug, 19. Mai 2026 sa

Mitbericht des Regierungsrats zur Motion von Livio Bundi, Tabea Estermann, Michael Felber, Christian Hegglin, Klemens Iten, Simon Leuenberger, Jill Nussbaumer und Vroni Straub betreffend Vernehmlassungen im Kanton Zug (Vorlage 3943.1 – 18227)

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Mitglieder des Büros des Kantonsrats

Mittels Zirkularbeschluss vom 27. April 2026 haben Sie beschlossen, den Regierungsrat zum Mitbericht einzuladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

Wie bereits in Ihrem Bericht und Antrag erwähnt, werden alle Abläufe des Vernehmlassungsprozesses, wie er in der Zuger Kantonsverwaltung gepflegt wird, im Organisationshandbuch (OHB) abgebildet; diese Abläufe haben sich anhand einer jahrzehntelangen Praxis als optimaler Vorgehensvorgang entwickelt und etabliert. Die niederschweligen Regelungen im OHB erlauben es auch, beispielsweise bei der Einführung eines Vernehmlassungstools, die Vorgehensweise schnell und effizient neu zu beschreiben sowie festzusetzen. Ebenfalls bieten die Regelungen im OHB den nötigen Spielraum, bei Bedarf (Dringlichkeit, Schulferien, etc.) die Vernehmlassungsfristen zu verkürzen oder zu verlängern. Anlässlich der 1. Lesung einer Vernehmlassungsvorlage im Regierungsrat wird nicht bloss die Vorlage, sondern auch die Liste der Vernehmlassungsadressaten diskutiert, womit sichergestellt wird, dass sämtliche betroffenen Interessengruppen Stellung beziehen können. Institutionalisiert ist bereits, je nach Vernehmlassungsinhalt, der Beizug von politischen Parteien, Gemeinden, Personalverbänden, Wirtschaftsverbänden, Sozialverbänden, etc. Dank der Aufschaltung der Vernehmlassungen auf der kantonalen Internetseite <https://zg.ch/de/vernehmlassungen> steht es jeder interessierten Person offen, sich über die laufenden und abgeschlossenen Vernehmlassungen zu informieren. Es kommt auch vor, dass sich Personen oder Interessengruppen zu Vorlagen äussern, die nicht über die Liste der Vernehmlassungsadressaten eingeladen wurden.

Der Regierungsrat ist dezidiert der Überzeugung, dass eine Legiferierung des Vernehmlassungsprozesses zu keinem Mehrwert führen würde, sondern das etablierte Vorgehen unnötig träge würde und die gelebten kurzen Wege in der Zuger Politik dadurch behindert würden. Der schlanke Staat soll nicht unnötig aufgebläht werden, sondern so schlank wie möglich bleiben.

Der Regierungsrat beantragt deshalb gestützt auf die vorstehenden Ausführungen, die Motion Nr. 3943.1 – 18227 **nicht erheblich** zu erklären.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Andreas Hostettler
Landammann



Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin